

Für ganz Großbritannien und Irland nimmt Bestellungen entgegen die deutsche Buchhandlung von Franz C. H. M. 3, Brook Street Grosvenor Square, London, W. und 32 Princess Street, Manchester.

Die Danziger Zeitung erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Festtage um 5 Uhr Nachmittags. Bestellungen werden in der Expedition (Gerbergasse 2) und auswärts bei allen Kgl. Post-Anstalten angenommen.

Preis pro Quartal 1 Rthl. 15 Sgr., auswärts 1 Rthl. 20 Sgr. Inzerate nehmen an: in Berlin: A. Neumeier, Kurstraße Nr. 50, in Leipzig: Heinrich Häbner; in Altona: Haasenstein u. Vogler; in Hamburg: J. Tütchheim.

Danziger



Beitrag.

Organ für West- und Ostpreußen.

W. C. B. Telegraphische Nachrichten der Danziger Zeitung.

Von der polnischen Grenze, 6. Mai. Nach vier eingetroffenen Nachrichten aus Warschau dauern daselbst die gerichtlichen Civil-Untersuchungen und Verhaftungen fort. Wegen des bevorstehenden russischen Osterfestes sind verschärfte militärische Vorsichtsmaßregeln getroffen worden. Vor der Cathedralkirche sind Kanonen aufgeföhren.

Paris, 5. Mai. (S. N.) Die einzelnen schweizerischen Cantone, namentlich Waadt und dessen Hauptort Lausanne, protestiren gegen den Plan eines schweizerisch-französischen Handelsvertrages.

Die preussische Militärgerichtsbarkeit.

Es genügt uns indes den Fall, daß die militärischen Richter Einsticht und moralische Kraft genug besitzen, um bei Abgabe ihres Votums nicht an Standesvorurtheile, nicht an die Gunst oder Ungunst ihrer Vorgesetzten, sondern nur an ihren Richtereth und ihre Richterpflicht zu denken, so macht die ganze Form des Verfahrens es ihnen doch schlechterdings unmöglich, den wirklichen Thatbestand aus eigener Anschauung auch wirklich zu erkennen. Es ist unmöglich, daß der Angeklagte auf ein in jedem Falle gerechtes Urtheil hoffen, es ist eben so unmöglich, daß wir, die wir die Aufgabe der Gerichte in nichts Anderem, als im Recht sprechen suchen, die Ueberzeugung gewinnen können, daß ein rechtskräftig gewordenes militärisches Urtheil auch wirklich ein gerechtes Urtheil sei, so weit nämlich Menschen überhaupt ein solches zu finden vermögen.

Das militärische Spruchgericht nämlich sieht und hört die Zeugen nicht; es vernimmt nur die aus den Acten verlesenen Aussagen derselben. Ja, es giebt Fälle, in denen nicht einmal Zeugen vernommen werden. Wenn u. A. die Klage erhoben wird, daß ein Militärbefehlshaber bei einem wirklichen oder angeblichen Tumulte ohne gesetzliche Veranlassung oder ohne Beobachtung der gesetzlichen Formen habe von den Waffen Gebrauch machen lassen, oder daß die von ihm commandirten Leute ohne sein Commando geschossen oder nach erfolgtem Commando doch willkürlich inschuldige verwundet oder getödtet haben, so ist der Militärbefehlshaber der einzige gültige Zeuge in der Sache seiner Leute und — in seiner eigenen Sache. „Bei Tumulten“, heißt es in der Verfassung B. § 36, „zu deren Stillung commandirtes Militär eingeschritten ist, wird der Thatbestand durch die amtliche Darstellung des commandirenden Befehlshabers festgestellt.“

Um eine wirkliche Ueberzeugung sich bilden zu können, muß der Richter aber auch den Angeklagten, und wenn derselbe sich zur Selbstverteidigung nicht fähig hält, seinen Verteidiger hören. Der militärische Richter jedoch hört höchstens nur vorlesen, was der Angeklagte und der etwaige Verteidiger schriftlich oder zum gerichtlichen Protokoll zur Verteidigung angeführt haben. Den Angeklagten bekommt er allerdings während der Verlesung der Acten zu sehen. Zu hören bekommt er ihn aber nur, wenn derselbe nach dieser Verlesung „zur Sache noch etwas anzuföhren“ hat. Nachdem das Spruchgericht die Verlesung des bloßen Materials, das so unverarbeitet nicht einmal zur Information eines sachkundigen Juristen ausreichen würde, und dann jene Erklärung des Angeklagten vernommen hat, tritt der Letztere ab. Der Auditor liest dann, ohne daß der Angeklagte oder sein Verteidiger zugegen sein darf, einen schriftlich, also vor der letzten Erklärung des Angeklagten schon ausgearbeiteten „Vortrag über die Lage der Sache und das anzunehmende Gesetz“ vor und — die Abstimmung beginnt. So beschränkt aber ist die Verteidigung, daß überhaupt nur bei nichtmilitärischen Verbrechen, und zwar nur bei solchen, die „mit einer härteren Strafe als dreijähriger Freiheitsentziehung bedroht sind“, ein „Rechtsverständiger“ als Verteidiger zugelassen wird. Bei militärischen Verbrechen dagegen ist kein Rechtsverständiger, sondern nur eine „Militärperson“ und auch nur dann zulässig, „wenn das Verbrechen mit mehr als zehn-jähriger Freiheitsstrafe oder mit Todesstrafe bedroht ist.“ Ja, diese Militärperson darf nicht einmal ihre Verteidigung schriftlich einreichen, sondern muß dieselbe „zum gerichtlichen Protokoll“ geben. Und gegen ein auf solchen Grundlagen zu Stande gekommenes Urtheil, wenn dasselbe „Personen des Soldatenstandes“ und nicht „Militärbeamte“ betrifft, ist nicht einmal das Rechtsmittel der Appellation zulässig!

Zu wie fern diese Rechtsunsicherheit durch eine auch die bestehenden Vorschriften durchaus nicht verletzende Ausübung des Bestätigungsrechtes noch vermehrt werden kann, wollen wir bei dieser Gelegenheit nicht weiter erörtern. Wir bemerken vielmehr nur noch, daß trotz alledem, was wir gegen das militärische Verfahren eingewandt haben, der Untergethene, dessen Recht von einem Vorgesetzten, der Nichtmilitär, dessen Recht von einem Militär verletzt worden ist, sich noch glücklich schätzen kann, wenn seine Klage oder Beschwerde nur wirklich noch durch ein kriegs- oder standrechtliches Verfahren erledigt wird. Denn ob eine Handlung, in denen der Verletzte oder seine Angehörigen etwa einen Todtschlag oder eine schwere Körperverletzung oder einen Meineid oder dergleichen erkennen, wirklich ein Verbrechen dieser Art oder nur eine disciplinär zu rügende Uebertretung sei, wird nicht etwa durch eine Anklageschrift oder durch ein Collegium von drei rechtskundigen Richtern, sondern sie wird von einem General als „Gerichtsherrn“ entschieden. Der Gerichtsherr hat „nach dem Erfolg der vorläufigen Untersuchung auf den Vortrag des Audi-

teurs zu bestimmen“, ob das Verfahren überhaupt einzustellen, oder ein kriegs- oder standrechtliches Verfahren einzuleiten, oder der Fall nur disciplinär zu rügen ist. Daß ein General mit dem besten Gewissen von der Welt es für seine erste militärische Pflicht halten kann, die Autorität des Vorgesetzten über den Untergethene, des Militärs über den Nichtmilitär aufrecht zu erhalten, und daß er eben deshalb, um nur ein Beispiel der gelindesten Art anzuföhren, u. A. wohl im Stande ist, die von einem Offizier etwa unbefugter Weise angeordnete Verhaftung eines Bürgers nicht als eine widerrechtliche Freiheitsberaubung im Sinne des § 210 des bürgerlichen Strafgesetzbuches zu betrachten, sondern nur nach Anleitung des § 1 der Verordnung vom 21. October 1841 als ein lediglich disciplinär zu bestrafendes geringes Vergehen gegen die militärische Zucht und Ordnung, über welches die Militärgerichte keine Strafbestimmung enthalten, das, meinen wir, wird Niemand in Verwunderung setzen. Daß er mit dieser Betrachtungsweise in Conflict mit Th. 1, § 192 des Militärstrafgesetzbuches geräth, wo er für solche Fälle auf die „allgemeinen Landesgesetze“ verwiesen wird, braucht er dem Auditor natürlich nicht zu glauben, wenn dieser ihn auch wirklich darauf aufmerksam gemacht hat.

Es sollte sich wohl von selbst verstehen, daß bei allen die Handhabung der Gerechtigkeit betreffenden Vorschriften kein anderes Interesse maßgebend sein darf, als eben das der Gerechtigkeit selbst. Für die Verfasser des Militärstrafgesetzbuches hat aber das, und zwar ohne allen Zweifel falsch verstandene, Interesse der militärischen Disciplin und Autorität in vielen Fällen das entscheidende Uebergewicht gehabt. Ja, sie müssen sich dessen, wenigstens hie und da, auch deutlich bewußt gewesen sein. Oder wie hätten sie sonst u. A. die „Militärbeamten“ zwar unter dieselben Gerichte wie die „Personen des Soldatenstandes“ stellen und ihnen dennoch ein viel umfassenderes Recht der Verteidigung und sogar das den Letzteren nicht zustehende Recht der Appellation einräumen können? Oder meinten sie etwa, daß ein Kriegsgericht gegen den Militärbeamten weniger gerecht verfahren werde, wie gegen den Soldaten?

Das zerrüttete Vertrauen zwischen den Untergethenen und ihren militärischen Vorgesetzten, zwischen den unbewaffneten und den bewaffneten Bürgern des preussischen Staates kann und wird nur wiederhergestellt werden, wenn jedem offenbar wird, daß wahrhaftes Recht — und nur gleiches Recht ist ein wahrhaftes — für und gegen Alle überall und in allen Fällen zur Geltung zu kommen bestimmt ist. Dieses Bewußtsein werden wir aber nicht eher gewinnen, als bis die Entscheidung über alle Verletzungen der allgemeinen Staatsgesetze auch den Gerichten des Staates übertragen sind, und bis das Verfahren der Militärgerichte mit den Forderungen der Gerechtigkeit in Einklang gebracht ist. Mit diesem Bewußtsein werden wir, wie es in einem unserer früheren Artikel heißt, „ein einzig Volk von Brüdern“ und ein Schwere unserer Feinde sein, ohne dasselbe aber werden wir zerfallen in ein Volk ohne Heer und in ein Heer ohne Volk, beide die leichte Beute fremden Uebermuthes.

Landtags-Verhandlungen.

46. Sitzung des Abgeordneten-Hauses am 6. Mai.

Am Ministertische: Das ganze Ministerium mit Ausnahme des Herrn v. Batow und des General v. Moos. Die Tribünen sind überfüllt; in der Diplomatenloge deutsche Gesandte, französische Secretäre, der türkische Gesandte, die Gräfin Schöndorff und andere Damen des diplomatischen Corps. In der Hofloge ein heftiger Pring.

Der erste Gegenstand der Tagesordnung ist die Interpellation des Herrn v. Vinde über die Macdonald'sche Angelegenheit.

Das Wort nimmt Hr. v. Vinde. Die Thatlage, welche zu dieser Interpellation Anlaß gegeben, wird Ihnen aus den Zeitungen und aus den 57, sage siebenundfünfzig darüber geschriebenen Notizen erinnerlich sein, meine Herren. Sie erlauben mir, den Hergang kurz mitzutheilen. (Der Redner resumirt die Thatlagen, theilt die aus dem blaubeck'schen Notizbuch des Lord John Russell's mit, in so weit sie sich auf das Urtheil der Kronjuristen beruht.) Man hätte nun glauben sollen, die englische Regierung werde sich dabei beruhigen, aber nein. Sie wirft Preußen bösen Willen vor und es wird ihr preussischer Seite in der Note vom 27. Februar in energischer und würdiger Weise geantwortet. (Der Redner verliest die Note, wobei er durch häufiges Hörl! Hörl! unterbrochen wird.) Aus dieser Note ist vollständig und mit Klarheit der Sachverhalt dargethan, die Verantwortlichkeiten der englischen Regierung sind zurückgewiesen, es ist darin nichts Verlegendes gesagt und damit hätte man glauben sollen, wäre die Sache endlich erledigt gewesen. Nun geräth es aber nicht zu den lebenswürdigen Eigenschaften der englischen Nation, Unrecht einzugehen; sie will immer das letzte Wort behalten, und so konnte es nicht Wunder nehmen, daß zwei Monate nachher bis dahin unbefannte Mitglieder des englischen Unterhauses die englische Regierung interpellirten, die Gefahren hervorzuheben, denen England ausgesetzt ist, die in Preußen reisen und die Regierung veranlassen, sich über die Schutzmaßregeln zu erklären. Mit Erlaunen habe ich die Antwort Lord Palmerston's in der „Kölnischen Zeitung“ gelesen, und da es sich hier um einen amtlichen Ausdruck handelte, so habe ich mir den Urtext verschafft und gefunden, daß die deutsche Uebersetzung der „Kölnischen Zeitung“ wortgetreu und nur an zwei Stellen von den englischen Worten darin abweicht, daß die deutschen Ausdrücke gemildert worden sind, während Palmerston weit verlegendere gebraucht hatte. (Der Redner verliest die Antwort Lord Palmerston's und erregt damit bei mehreren Stellen ein schallendes Gelächter.) Palmerston erklärt, die preussischen Beamten haben eine Zurechtweisung verdient; in demselben Athem sagte er aber auch, daß man das Gutachten der Kronjuristen als competent anerkennen müsse. Nun, meine Herren, der Staatsprocurator Möller hat Ausdrücke gebraucht, für welche er von der Regierung zurückgewiesen worden ist; seine Ausdrucksweise ist tadelnswürdig gewesen. Wenn man aber bedenkt, daß sich nun die englische Regierung mit dem Benehmen Macdonald's identifizirt, daß

sie kein Wort des Tadels hat gegen einen Offizier, der eine Dame thätlich angegriffen, daß Russell mit Macdonald correspondirt, so lag am Ende kein Grund vor, das Urtheil des Staatsprocurators nicht zu generalisiren, mindestens aber verdient Herr Möller eine nachsichtsvolle Beurtheilung. Es ist geradezu unbegreiflich, wie in dem Lande der Gerechtigkeit par excellence das Verlangen gestellt werden konnte, Beamte, die ihre Schuldigkeit gethan, zur Rechenschaft zu ziehen. Ich erinnere mich noch, daß mein Vater — ich war noch ein kleiner Knabe — mir einen Constablerstab, den er von einer Reise nach England mitgebracht, zeigte und hinzufügte, daß ein Constabler in England nur diesen Stab einem Engländer auf die Schulter zu legen brauche, um sofortigen Gehorsam zu erlangen. Diese Erzählung hat einen tiefen Eindruck auf mich gemacht, der sich in meinem ganzen Leben nicht verwischen wird. Und diesen althergebrachten Ruf der Gerechtigkeit schlägt jetzt die englische Regierung so leichtfertig in die Schanze! Lord Palmerston sagt, Macdonald habe keine Genugthuung von Gentlemen zu Gentlemen erhalten? (Heiterkeit) Ja, was heißt denn das Wort Gentleman? Bei uns versteht man darunter einen anständigen, gebildeten Mann, und dieser Begriff ist unvereinbar mit dem thätlichen Angriff auf eine Dame; ob das zu dem Begriff von Gentleman in England paßt, weiß ich nicht. (Heiterkeit.) Jedenfalls soll sich die preussische Regierung einer Verletzung schuldig gemacht haben. Da möchte ich doch darauf aufmerksam machen, daß in der Frau des Doctors Barow und in der Person des Eisenbahninspectors die Rechte preussischer Unterthanen verletzt worden sind, daß die Regierung verpflichtet war, die preussischen Unterthanen zu schützen. Und selbst wenn die preussische Regierung gewollt hätte, sie konnte dem zc. Macdonald nicht beistehen. Begreifen denn die Engländer nicht, daß die preussischen Gerichte unabhängig sind? Hätte der Staatsprocurator nicht die Sache in die Hand genommen, dann wäre eine Privatklage möglich gewesen und der Gerichtshof hätte das passive Verhalten des Staatsprocurators rügen müssen. Die Regierung war also in dieser Angelegenheit außer Stande, etwas zu thun. Ferner — Lord Palmerston bedauert Preußen wegen seiner harten Gesetze? Vorläufig verbitten wir uns ein solches Mitleid. Preußen befindet sich nicht in dem wüsten Chaos von Gesetzen, die seit Jahrhunderten abgeändert worden sind, so daß sich jetzt Niemand mehr zurechtfindet; wir haben eine einfache in populärer Sprache abgefaßte Gesetzgebung, die Jedermann verständlich ist. In Preußen sind Alle vor dem Gesetze gleich; der Arme kann bei uns sein Recht verfolgen, in England nur ein reicher Mann einen Proceß beginnen. Bei uns kann einer nur auf Grund eines Urtheils ins Irrenhaus kommen, in England ist ein Preuße ohne Urtheil dreizehn Jahre acht Monate im Irrenhaus geblieben; er wohnt in Berlin und erhält eine Pension von England. Bei uns bedarf es bei einem Diebstahl nicht erst, daß der Privatmann den Raub habe, die Anlage zu erheben, bei uns ist der Staatsanwalt dazu verpflichtet; bei uns braucht sich der Gerichtshof nicht an den Wortlaut der Anlage zu halten und das ist in dem speziellen hier vorliegenden Falle geschehen, wo nur eine Beleidigung des Beamten mit milderen Umständen abgeurtheilt wurde, wahrscheinlich weil angenommen wurde, daß von einem reisenden Engländer der nicht zu verlangen sei, daß er die Gesetze jedes Landes, welches er durchreist, kenne. Und was nun das materielle Recht in England betrifft, so will ich zwei Beispiele anführen: ein englischer Gardeoffizier giebt einem Policeman, der seinem Pferde in die Fägel fällt, einen Hieb mit der Reitgerte und erhält dafür vom Polizeirichter eine achtstägige Correctionshausstrafe. Ein anderes Beispiel führt die „Preuss. Gerichtszeitung“, von Mittermeier protegirt, an: ein Engländer schießt ein Rebhuhn, und wird dafür mit 20 Pfund Sterling bestraft, nun bestimmt das Gesetz, daß, so lange der Beirafte die Strafe nicht zahlen kann, er im Gefängnis bleiben muß und so sieht jetzt der Mann wegen eines Rebhuhns schon sechs Monate im Gefängnis der Grafschaft. Lord Palmerston spricht endlich die Hoffnung aus, daß sich ein solcher Fall wie der Macdonald'sche nicht wiederholen werde. Gewiß nicht, wenn sich nicht etwa ein Engländer wieder Ungezogenheiten zu Schulden kommen läßt. Jetzt werden aber die Gerichte strenger sein, die Engländer werden wegen Unkenntnis der Gesetze nicht mehr mildernde Umstände erlangen. Uebrigens aber wird die preussische Justiz ihren alten guten Ruf bewahren — sie wird den Engländer ebenso strafen wie den preussischen Unterthan. Das hoffe ich zu Gott! (Anhaltender Beifall.) Es werden jetzt weniger Engländer reisen? Man wird es den Engländern überlassen müssen, ob sie den schönen Rhein meiden wollen, weil sich einer ihrer Landsleute ungezogen betragen hat und wer weiß, ob man sich über die Zurückhaltung der Engländer so sehr beklagen wird. Ich betauere es, daß kein hervorragendes Mitglied des Unterhauses, weder Herr v. Zetzel, noch ein Manchestermann für die Ehre Englands das Wort genommen, es ist wieder ein unbekanntes Mitglied, das Preußens Verteidigung nimmt. (Der Redner liest die Rede des Engländers.) Lord Palmerston schließt seine Antwort mit dem Ausspruch eines Franzosen: sein Benehmen war ein Fehler und ein Verbrechen.“ Ich lege einen großen Werth auf die guten Beziehungen mit England, und diese Gesinnung ist mir, ich möchte sagen, angeerbt; denn mein Vater hat eine Broschüre geschrieben, in welcher er die englische Verwaltung der preussischen zum Vorbilde anempfiehlt; dann kann aber dem Sohne Feindschaft gegen England nicht vorgeworfen werden. Ich habe jede Gelegenheit benützt, um meiner Hochachtung vor England Ausdruck zu geben; ich achte die große politische Freiheit der englischen Nation hoch, ich schätze ihre Gesezestreu, ich denke daran, daß Englands Geschichte mit der preussischen Geschichte in nächster Beziehung steht; ich denke daran, daß der große Dranier seine Jugendjahre mit Preußens großem Kurfürsten verbracht (welchen Beiden Lord Palmerston doch nicht werth ist, die Schubriemen aufzulösen), daß Preußens großer Kurfürst den Dranier aufgeföhrt, sich der Rechte des englischen Volkes anzunehmen. Unter Preußens großem Kurfürsten und erstem Könige haben brandenburgische Soldaten die niederländischen Festungen geschirmt, während der Dranier nach England ging; sie haben ihm also den Rücken gedehnt; brandenburgische Dragoner haben da gekämpft — und die parlamentarische Freiheit war in England gegründet. Preussische Truppen haben in dem spanischen Erbfolgekriege eine glänzende Rolle gespielt, und Pitt, Schatbam, von Macaulay der erste unter den Engländern genannt, haben Preußen im jährigen Kriege im Kampfe gegen Frankreich treu beigestanden, und das dritte Mal, wo England und Preußen zur großen Action gegen Frankreich austraten, wie sie, wie gegen Louis XIV. und Louis XV. gegen Napoleons Uebermacht antrampften, da waren es Preußen, welche den Sieg erkämpften, den die Engländer „bei Waterloo“ nennen, die Preußen aber zum Andenken an das Bündniß mit England „in belle alliance“. „Ich wollte, Gott! es wäre Nacht, oder die Preußen kämen“, rief Wellington aus, und die Preußen kamen! Und heute? Englands Königin hat ihre älteste Tochter Preußens Thronerben gegeben. Die Zukunft endlich? Meine Herren, in dem Augenblicke, wo Lord John Russell seine impertinente Note schrieb, fanden hier im Hause die Adressdebatten statt, und man wird sich wohl noch erinnern, in welcher Art auf die Nothwendigkeit eines Bündnisses mit England hingewiesen worden. Diese Nothwendigkeit ist aber für England größer (Bravo!), denn Lord Palmerston soll sich des englischen Prinzips erinnern, daß

England keine Uebermacht, keine despotische Macht auf dem Continente aufkommen lassen darf, und wenn Lord Palmerston sein Auge über Europa schweifen lassen will, so wird er einsetzen, daß Preußen einen anständigen Fürsten auf dem Throne hat, nicht einen, der durch den Bruch eines Eies hinaus gelaufen ist, daß Preußen nicht erst eine ganze Nation aus der Leibeigenenschaft zu befreien hat, oder aus so und so viel Nationen zusammen gewürfelt ist, daß Preußen neben England steht, England ruft 100,000 Freiwillige auf, weil es sich sagen muß, daß ihm eine Gefahr von jenseits des Kanals droht. Palmerston muß es wissen, daß die Freundschaft mit Frankreich ein Ende haben wird. Wozu der Hochmut? Preußen hat keine Seemacht. England hat keine Landmacht, beide sind auf einander angewiesen, und England mag des Epruchs nicht gedenken: Hochmuth kommt vor dem Fall! Ich hoffe und ich erzehle davon, das die Note vom 27. Februar authentisch ist und daß der Herr Minister der auswärtigen Angelegenheiten nachweisen wird, wie dem Lord Palmerston entgegen worden ist. Wir haben selten das Glück, etwas über die Politik Preußens aus dem Munde des Herrn Ministers zu erfahren, vielmehr wird der Herr Minister unserem Wunsch nachkommen und ausführlich und gründlich in seiner Antwort sein. Was auch die verschiedenen politischen Meinungen sein mögen, hier in Preußen erhebt sich das Volk wie ein Mann, wenn es sich um die Ehre des Landes handelt. (Anhaltender Beifall.)

Der Minister der auswärtigen Angelegenheiten v. Schleinitz. Die Regierung kann dem Herrn Interpellanten und den Unterzeichnern nur Dank wissen, daß sie die Angelegenheit des Capitän Macdonald hier zur Sprache gebracht haben. Gegenüber der ungenauen, wenn gleich unbedeutenden Wichtigkeit, welche diesem Vorfall gegeben worden, gegenüber den wohlfeilen Ausfertigungen der englischen Presse, welcher es gelungen, die Meinung in England irre zu führen, gegenüber den Vorgängen in beiden Häusern des englischen Parlaments, konnte sich Preußens Landesvertretung nicht ganz theilnahmslos verhalten. Die Regierung ist mit dem Herrn Interpellanten über die Art und Weise, wie die Interpellation begründet worden, im Allgemeinen einverstanden, aber man wird nicht verlangen, daß sie dem Herrn Interpellanten auf das Gebiet der politischen Anschauungen und Controversen folgen soll. Wie dem auch sein mag, bei der Achtung und Vorliebe, welche Freiherr von Vincke stets für die englischen Einrichtungen an den Tag gelegt, war gerade er geeignet und lernten, das Wort zu führen, weil Niemand weniger als er in Verdacht kommen kann, daß er sich von einer vorgefaßten Meinung oder Parteilichkeit gegen England habe bestimmen lassen. Ich glaube nicht zu irren, wenn ich annehme, daß Herr v. Vincke heute nicht für sich und im Namen seiner politischen Freunde gesprochen, sondern daß er der Empfehlung des gesammten Hauses und des ganzen Landes einen bereiten und treuen Ausdruck gegeben hat. (Anhaltender Beifall.) Das Preußenvolk hat durch seine bereitere Stimme documentiren wollen, daß es die leidenschaftlichen Anschuldigungen und Angriffe gegen die preußische Regierung mit aller Energie und Entschiedenheit zurückweist; es hat documentiren wollen, daß es dem Verfahren der eigenen Regierung Beifall zollt. Bei weitem mehr, als die Rundgebungen der Presse und von Mitgliedern des Parlaments, haben ein rechtliches Erkaunen hervorgebracht die Äußerungen des ersten Ministers der britischen Krone in einer neuerlichen Sitzung des Unterhauses. Äußerungen, die in hohem Grade bedauerlich, denn nach Form und Inhalt sind sie nur zu sehr geneigt, die Vermuthung zu begründen, daß der Staatsmann, der seinerseits mit solchem Selbstbewußtsein die Geschichte des englischen Volkes leitet, dieses Selbstbewußtsein bei einer andern, der englischen durchweg ebenbürtigen Nation, als nicht vorhanden oder als nicht berechtigt voraussetzt. Und doch wird jenem tiefen Denker nicht entgangen sein, daß die Beziehungen der Völker nur dann begründet und dauernd erhalten werden können, wenn sie auf gegenseitige Achtung begründet sind. Ich bin fern davon, den Werth der Freundschaft Englands gering anzuschlagen oder unterschätzen zu wollen, aber wir freuen uns und können Gott danken dafür, daß Niemandes Freundschaft uns so werthvoll und unentbehrlich ist, daß wir sie mit Opfern erkaufen müssen, die unsere Ehre, unser Selbstbewußtsein, die Achtung vor uns selbst beeinträchtigen, die Achtung, welche man unserer Stellung im Welttheile schuldigt ist. (Leb. Beif.) Preußens Erklärung vom 27. Februar ist authentisch, und trägt nur zufällig nicht meine Unterschrift. Ein Schriftwechsel hat seit dem 27. Februar nicht stattgefunden, wohl aber ist meinerseits eine Depesche an den Gesandten Graf Bernstorff gerichtet worden, die ich keinen Anstand nehme, dem Hause mitzutheilen. Sie ist vom ersten Mai datirt, und lautet wörtlich:

„Mit eben so großer Ueberraschung als lebhaftem Bedauern habe ich aus den öffentlichen Blättern ersehen, in welcher Weise Lord Palmerston in der Sitzung des Unterhauses vom 26. v. Mts. die an ihn gerichteten Interpellationen in der Angelegenheit des Capitän Macdonald beantwortet hat. Wir konnten nicht erwarten, daß er in dieser Sache die Auffassung der preussischen Regierung theilen würde, aber wir durften voraussetzen, daß der erste Minister Englands, in voller Kenntnis des von uns dargelegten Thatbestandes, sich davon freihalten werde, unbegründete Vorwürfe auf die Regierung und die Gesetze Preußens zu häufen. (Hört! hört!) Er selbst hat nicht umhin gekonnt, anzuerkennen, daß das Verfahren der preussischen Behörden den preussischen Gesetzen gemäß gewesen sei. Und in der That hat das preussische Gericht der Handlung des Capitän Macdonald die mildeste Beurteilung, die das Gesetz gestattete, gegeben und nur eine geringfügige Geldbuße gegen ihn erkannt, die Unterzeichner des beleidigenden Protestes sind zwar von dem Richter verurtheilt worden, aber frei von Strafe ausgingen, weil der Allerhöchste Gnaden-Erlaß vom 12. Jun. d. J. auf ihre Anwendung fand; die preussische Regierung endlich, die Alles gethan hat, was in ihrer Hand lag, um die Haft des Capitän Macdonald abzukürzen, hat ohne Rückhalt ihr Bedauern über den Vorgang selbst der britischen Regierung ausgesprochen. Wie bei solcher offenkundigen Lage der Sache die preussische Regierung der Vorwurf treffen könne, daß sie zu thun unterlassen habe, was ihr als Großmacht und als eine England befreundete Regierung obliege, das hat auch die Rede Lord Palmerstons darzutun nicht vermocht. (Hört! hört!) Wenn dieser hervorragende Staatsmann hierbei auch meiner und zwar in einer Weise gedacht hat, für die ich ihm persönlich nur dankbar sein kann, wenn er namentlich sich auf meine Kenntnis der Denkart und Weise des englischen Volkes beruft, so kann ich vor allen Dingen die Bemerkung nicht unterdrücken, daß während des mehrjährigen Aufenthalts in England, den ich meiner amtlichen Stellung verdanke, mich Nichts mit größerer Bewunderung erfüllt hat, als der in engl. Velle überall festgewurzelte Sinn für Recht und Gerechtigkeit (sehr gut!), der auch in der Achtung vor den Richterprüchen sich darlegt. Ich kann nicht annehmen, daß das englische Volk diese Achtung dem Spruche preussischer Richter in einem Falle versagen werde, wo es galt, die Verletzung der Gesetze des Landes, in dem er sich aufhielt, gegen einen Engländer zu rügen und wo die englischen Kronjuristen selbst anerkennen, daß den Landesgesetzen gemäß gehandelt sei. (Bravo!) Daß in Handhabung der Gesetze kein einseitiges Unterthanen des anderen von dem Richter verurtheilt werden, scheint mir kein Umstand, der das Verhältnis beider Regierungen zu einander stören könnte, deren enge freundschaftliche Verbindung in ihrem beiderseitigen Interesse liegt. (Sehr gut!) Ich kann mir aber nicht verhehlen, daß Vorwürfe solcher Art, wie sie Lord Palmerston ohne Grund und Rechtfertigung gegen die Regierung und die Gesetze Preußens erhoben hat, wohl dazu angethan sind, im preussischen Volke Mißthimmung gegen eine Regierung zu erregen, deren Verrath kein Bedenken trägt, öffentlich die Zustände Preußens als bedauerliche zu bezeichnen. (V. braves Bravo! Sehr gut!) Wenn aus einer solchen Mißthimmung eine Entfremdung der Regierungen Preußens und Englands, die ich nur im höchsten Maße würde beklagen können, hervorgehen sollte, so würde wenigstens die preussische Regierung keine Schuld an der Entfremdung des guten Vernehmens mit England tragen, das zu pflegen und zu fördern sie jederzeit aufrichtig bemüht gewesen ist. (Bravo.)

Am 2. d. d. ergebend, die gegenseitige Depesche gefälligst Lord John Russell vorzulegen und ihm eine Abschrift derselben zu übergeben. Berlin, 1. Mai 1861. (gez.) Schleinitz.

Dieser Note ist gestern dem ersten Minister Englands zugestellt worden. Sie enthält noch den Wunsch auszusprechen, daß der bedauerliche und doch so unerhebliche Vorgang nicht dazu dienen wird, eine Mißthimmung herbeizuführen zwischen zwei Nationen, die zum Heil der Welt aufs innigste, treueste mit einander verbunden bleiben sollten. (Anhaltender Beifall.)

Das Haus beschäftigt sich darauf mit dem Antrage der Herren Reide, Brandmann und Gen., betreffend die Beschlagnahme des Lehrs der Berg-, Hütten- und Fabrikarbeiter. Nach längerer Discussion, an welcher sich Waldbeck, Reichenheim, Reichenberger (Geln), der Handelsminister, Zimmermann, Binder, der Antragsteller beteiligten, werden alle hierzu gehaltenen Amendements zuerst und darauf der vorgeschlagene Entwurf selbst abgelehnt.

Das Haus zum nächsten Gegenstand der Tagesordnung übergeht, erhält das Wort der eben eingetretene Finanzminister Freiherr von Patow: In Folge Allerhöchster Ermächtigung vom heutigen Tage beehre ich mich, dem hohen Hause einen Gesegentwurf vorzulegen, betref-

send die Erhebung der Stempelsteuer von Zeitungen, Zeitschriften und Anzeigebültern (Bravo!). Der Entwurf hat weitaufgige Vorarbeiten erheischt, das Finanzresultat läßt sich noch nicht übersehen, es sind verschiedene Vorschläge gemacht und verworfen worden, und ich glaube, daß der gegenwärtige Entwurf Ihr Bravo abschwächen wird; ich beschränke dies. Es handelt sich darum, die Besteuerung der politischen Blätter zu ändern. Der Wunsch war, diese Steuer ganz beseitigen zu können, das war aber nicht möglich und man hat sich darauf beschränken müssen, Erleichterungen, soweit es möglich war, einzutreten zu lassen zu Gunsten der kleineren Blätter, indem eine Zwischenstufe hergestellt ward. Ferner soll die Steuer für diejenigen Exemplare nicht erhoben oder restituirt werden, welche nachweislich nach dem Auslande gehen und endlich sollen die überschüssenden Bogen aus einem Quartal ins andere übertragen werden können. Die wichtigste Veränderung betrifft die Unterhaltungsblätter, hier war die Steuer brüderlich und von eigentümlichen Bestimmungen abhängig. Der Entwurf löst die Verbindung zwischen der Steuer u. der Cautionspflichtigkeit. Alle Blätter, welche nicht öfter als 2 Mal in der Woche erscheinen und nicht in der Regel politische Nachrichten und Betrachtungen bringen, sollen von der Steuer befreit sein, 2) die Zeitungen, welche in fremden Sprachen erscheinen, bleiben steuerfrei, um Conventionen namentlich mit Frankreich zu erleichtern; 3) Blätter, welche außerhalb Preußens erscheinen, zahlen bisher eine hohe Steuer, die namentlich für die kleinen ungünstig waren; es soll jetzt eine bestimmte Quote zum Abonnement geschlagen, der jetzige Maximalsatz aber nicht überschritten werden. — Der Entwurf geht an die um 7 Mitglieder zu verfassende Finanz-Commission. — Es folgt die Verhandlung über den Entwurf eines Gewerbegesetzes, bezüglich über den Antrag der Abg. Reichenheim und Müller (Denmitz). Zur Gen.-Discussion nehmen das Wort die Herren Wedell (Nordhausen) Müller (Denmitz), v. Bardeleben, welches eine Resolution eingebracht hat, Dr. Sahn, worauf die Debatte auf morgen vertagt wird.

* [Herrenhaus.] In der 25. Sitzung des Herrenhauses vom 6. Mai wurden die §§ 4, 5, 6, 10, 11 und 12 unverändert angenommen; ein Amendement zum § 6, die Aufbringung der Kosten für das Veranlagungs-Verfahren fand ebenfalls die Genehmigung; die Regierungs-Vorlage wurde dadurch im Wesentlichen hergestellt. Schließlich wurde der Eingang des Gesegentwurfs, entgegen den Vorschlägen der Commission, nach der Regierungs-Vorlage angenommen. Das Haus ging darauf zur Verhandlung des Entwurfs einer Anweisung für das Veranlagungsermittlung der Kreisverwaltungen u. über. Die §§ 1 - 13 wurden mit geringen, von der Commission vorgeschlagenen Abänderungen genehmigt. Bei namentlicher Abstimmung über den § 14, in welchem die Commission die Veränderung der Worte „Kreisverteilung“ in „kreisständische Veranlagung“ vorgeschlagen, wurde der Paragraph in der von der Commission beantragten Fassung mit 95 gegen 92 Stimmen angenommen.

* [Berichtigung.] Der uns zugegangene Bericht über die Sitzung des Abgeordnetenhauses vom 3. Mai (Städteordnung) enthält irrtümlich die Mittheilung, daß der Abg. v. Forkenbed für Beibehaltung des Dreiklassensystems gesprochen habe. Herr v. Forkenbed sagte vielmehr:

„Ich werde sowohl gegen den Commissionsantrag, als auch gegen das Amendement v. Vincke stimmen, und zwar, weil beide einen wesentlich höhern Census vorschlagen, als ihn die Städteordnung vom Jahre 1853 enthält, und weil ich den Bürgern, die 1853 erst das städtische Wahlrecht erhalten haben und es bis jetzt ausüben, es nun nicht wieder nehmen und ihnen dadurch auch das politische Wahlrecht verkümmern will. Der Census, den die Commission sowohl, wie der Abg. v. Vincke vorschlägt, ist höher, als der vom Jahre 1853, weil der selbstständige Gewerbebetrieb davon ausgeschlossen ist, während doch der kleine Handwerker an den städtischen Angelegenheiten recht regen Antheil nimmt. Ich stimme gegen diese beiden Vorschläge, weil ich nicht will, daß dem Materialismus unserer Zeit noch eine politische Prämie ausgelegt werde. Das einzige Motiv für die Erhöhung des Census kann die beabsichtigte Abschaffung des Dreiklassensystems sein; alle Befürchtungen in dieser Beziehung muß aber die Thatsache widerlegen, daß von 1848-1850 die Bürger unserer Städte bei einem niedrigen Census und ohne das gute Element der Schutzverwandten zusammengewählt haben, und Schaden dadurch nicht entständen ist.“ (Bravo!)

Deutschland.

* Berlin, 6. Mai. Gegen den Polizei-Oberst Pazke ist von Seiten des hiesigen Stadtgerichts am verflochtenen Donnerstag auf Grund des § 323 des Strafgesetzbuchs die gerichtliche Voruntersuchung befohlen. In Folge dessen hat der Polizei-Präsident v. Zedlig bei dem Minister des Innern den Antrag gestellt, daß Pazke, auf Grund des § 50 des Disciplinar-Gesetzes seines Amtes vorläufig entzogen werde. Diese Suspension vom Amte hat gestern stattgefunden. Ein Gerücht will wissen, Herr Pazke habe Berlin verlassen.

— In Beziehung auf das Verfahren des militärischen Ehrenraths gegen den Polizei-Oberst Pazke hat die „Epen. Ztg.“ Erkundigungen eingegeben, und von nächster Stelle (ohne Zweifel von Herrn Professor Sneyt) die Auskunft erhalten, daß die Aufgabe, daß am vergangenen Freitag eine Deputation von 3 Offizieren in der Wohnung des Statverordneten Dr. Sneyt erschienen sei, um ihn über seine Äußerungen, betreffend die Person des Polizei-Obersten Pazke, zur Rechenschaft zu ziehen, dem Wort und dem Sinn nach unrichtig sei. Allerdings habe der Ehrenrath eines Offiziercorps das Recht und die Pflicht, Inquisitionen über die ihm vorliegende Frage einzuziehen und Zeugen zu hören, und es sei dies auch geschehen, unter Andern bei dem Herrn Minister des Innern und bei dem Referenten. Der Bericht sei, wie der Referent nochmals bestätigt, den Acten und der Sache gemäß und richtig. Es kann hiernach von einer Einschüchterung nicht die Rede sein; die Einholung von Informationen bei dem Herrn Minister des Innern und bei dem Referenten der Stadtverordnetenversammlung war nach Lage der Angelegenheit durchaus angemessen. Ferner konnte man nicht anders erwarten, als daß Herr Professor Sneyt nochmals ausdrücklich die Verantwortlichkeit für den ganzen Inhalt des städtischen Berichts übernehmen werde. Dennoch vermüssen wir mit Bedauern die bestimmte Zurückweisung der persönlichen Reserve, welche sich angeblich in seinem Schreiben an das Offiziercorps vorfinden soll. Wir zweifeln jedoch nicht, daß Herr Sneyt, dessen Ansichten über die Bedeutung und Würde von Gemeindeforporationen bekannt sind, in der Stadtverordnetenversammlung weitere befriedigende Erklärungen geben wird.

* Nach der „R. Z.“ tritt das Gerücht von dem Rücktritt des Grafen Schwerin (nach dem Schlusse der Landtagsession) wieder in verstärkter Weise auf.

— (N. Pr. Ztg.) Der Minister der auswärtigen Angelegenheiten hat den hiesigen Gesandten in Turin ermächtigt, den heimathlichen Pässen von Angehörigen oder derjenigen Landes-Bevölkerung, welche zur Zeit thatsächlich unter der Herrschaft des Königs Victor Emanuel stehen, das gesandtschaftliche Visa zur Reise nach Preußen auch dann zu ertheilen, wenn die Pässe im Namen der Regierung des Königreichs Italien ausgestellt sein sollten.

— Der Unterrichts-Commission des Abgeordnetenhauses liegen 39 Petitionen vor, welche das zu erlässende Unterrichts-gesetz zum Gegenstande haben. Der Cultusminister hat die bestimmte Zusicherung ertheilt, daß in der nächsten Session das Gesetz dem Hause vorgelegt werden soll.

— Die „B. u. H. Z.“ schreibt: „Wie verlautet, hätte die in England durch die Macdonald-Angelegenheit künstlich genährte Verthimmung gegen Preußen auch auf die Beziehungen der eng verbundenen Fürstenfamilien einen gewissen Einfluß hervorgebracht. Unter Andern ist davon die Rede, daß die Regierung der Köni-

gin Victoria die früher beabsichtigte Reise des britischen Thronerben nach Deutschland zum Besuche des hiesigen königlichen Hofes und des Herzoglichen Hofes in Göttingen unter den obwaltenden Umständen nicht für angemessen erachte. Bekanntlich wurde der Prinz von Wales als Gast der genannten Höfe schon zu Ende dieses Monats erwartet.

— Die „B. u. H. Ztg.“ erhält heute eine telegraphische Mittheilung aus St. Petersburg, die von einer Entscheidung des Kaisers Kunde giebt, welche in ganz Rußland und besonders in den den Fortschritt und die Kulturentwicklung des großen Reiches anstrebenden Gesellschaftskreisen mit Enthusiasmus aufgenommen werden wird.

Die Depesche, vom 5. Mai datirt, lautet: „Se. Majestät der Kaiser haben den Wirklichen Staatssekretär und Beisitzer des Minister-Conseils Wallujeff zum Minister des Innern ernannt. Der bisherige Minister des Innern, Pansky, ist in den Grafenstand erhoben und zum Ober-Hofmarschall ernannt.“

Der gegenwärtige Minister des Innern war früher Gouverneur von Mitau. Wallujeff ragte in seiner dienstlichen Wirksamkeit durch eine ungewöhnliche Geschäftsfähigkeit, eine thätige Arbeitsfähigkeit und eine mit diesen Eigenschaften nicht häufig verbundene menschliche Rücksichtnahme auf die Bedürfnisse seiner Untergebenen und die von seinem Amtesposten abhängigen individuellen Interessen hervor. Der Scharfblick des Kaisers Alexander hatte diesen seltenen Verein von Talent und Character-Vorzügen längst erkannt. Die soeben erfolgte Ernennung dieses Mannes zum Chef der inneren Verwaltung wird in Rußland wie im Auslande unzweifelhaft als ein neuer Beweis anerkannt werden, daß Kaiser Alexander die Bedürfnisse seiner Völker würdigt und zur Ausführung der hochherzigen Absichten, die diesen Fürsten erfüllt, den geeigneten Mann zu finden weiß. Personen, die mit der früheren Wirksamkeit des Minister Wallujeff vertraut sind, versichern, daß mit dieser Ernennung unfehlbar eine neue und segensreiche Aera für Rußland beginnen müsse.

Dortmund, 2. Mai. Nach längerer Unterbrechung fand heute wieder eine Versammlung der hiesigen Nationalvereins-Mitglieder statt. Justizrath Röder sprach über die Pfennigsammlung für eine preussische Flotte, die er zur allgemeinen Beachtung empfahl. Im hiesigen Casino ist bereits eine Wäsche für die Flotte aufgehängt, in welche bei dem Genuß eines Glases Bier 1 Pfennig und beim Genuß eines Schoppens Wein 3 Pfennige geworfen werden. Man hofft, auf diese Weise im Casino binnen Jahresfrist vom Wein allein 400 Thlr. zu sammeln.

Leipzig, 2. Mai. Aus zuverlässiger Quelle kommt uns die Nachricht, daß höhere Orts der Erlass einer allgemeinen Amnestie beschlossen worden sei und im Laufe der nächsten beiden Wochen erfolgen werde. In Sachsen selbst befindet sich zwar nur ein einziger politischer Gefangener, der wegen seiner Betheiligung an den Mai-Ereignissen von 1849 zu lebenslänglicher Zuchthausstrafe verurtheilt wurde, allein die Amnestie wird trotzdem als eine außerordentliche Wohlthat von den vielen empfunden werden, die seit 1849 in der Verbannung leben.

Wien, 3. Mai. In den Conferenzen, welche die Mitglieder des Abgeordnetenhauses bis jetzt gehalten, wurde die ungarische Frage eingehend besprochen. So viel ist gewiß, daß in Betreff zweier Punkte Einstimmigkeit unter den Vertretern herrscht, und zwar 1) daß ohne Lösung der ungarischen Frage nicht daran gedacht werden könne, endgültige Beschlüsse zu fassen, und 2) daß von den die Lösung dieser für den Bestand des Kaiserstaates hochwichtigen Frage bezweckenden Mitteln die materielle Gewalt entschieden ausgeschlossen wird. Ein sehr geringer Theil, Dr. Mühlfeld an der Spitze, scheint nicht abgeneigt gewesen zu sein, den Vorschlag zu machen, daß Ungarn im äußersten Falle gezwungen werden müsse, den Reichsrath zu beschicken; die Majorität sprach sich aber so entschieden gegen eine derartige Motion aus, daß Dr. Mühlfeld wohl darauf verzichten wird, seinen Antrag einzubringen. Daß hinter dem Dr. Mühlfeld das Ministerium stehe, wie das hin und wieder behauptet wird, ist nichts weniger als sicher; ich glaube sogar, daß die gestern stattgefundenen Interpellation dem Ministerium zum wenigsten unangenehm gewesen ist, da man es in den entscheidenden Krisen weit lieber gesehen hätte, wenn der ungarische Landtag zuerst das Schweigen gebrochen und seine Forderungen formulirt hätte.

Dänemark.

Kopenhagen, 5. Mai. In der letzten Zeit bildet die Ausrüstung der Flotte den Gegenstand einer lebhaften Discussion zwischen mehreren der ersten Organe der Hauptstadt. Man kann sich nämlich nicht darüber einigen, ob die Ausrüstung der Segel-Linienschiffe, die jetzt vom Marineministerium mit aller Energie betrieben wird, zur Ausführung der eventuellen Blockade zweckdienlich sei, und ob dieselben der preussischen Dampf-Kanonenboot-Flotille gegenüber bei Windstille nicht zu großer Gefahr ausgesetzt seien. Wie ganz anders würde die Sache jetzt stehen, wenn Preußen seit 1851 jährlich ein paar Dampf-Fregatten oder Corvetten hätte bauen lassen! [Freudlich! Freudlich! Wie oft haben wir in den letzten zehn Jahren die preussische Regierung darauf aufmerksam gemacht, daß zur rascheren Herstellung einer Flotte das Volk zu jedem Opfer bereit sei! Was hätte mit den neun Millionen ausgerichtet werden können, die der Mehrbestand des Friedensheeres Preußen in den letzten zwölf Monaten gekostet hat!]

England.

London, 4. Mai. (S. gestern) Hier eingetroffene Nachrichten aus New-York vom 25. April melden: „Es standen 6000 Mann südlischer Truppen in der Nähe von Washington, und man erwartete daselbst einen Angriff. Beamte der Bundesregierung hatten die Schiffsbauanstalten zu Norfolk im Staate Virginien verbrennen lassen, und elf Kriegsschiffe waren zerstört worden. Die Eisenbahn-Brücken zwischen Baltimore und Philadelphia waren abgebrochen. Die Regierung des südlichen Bundes hatte den dem Norden gehörenden Dampfer „Star of the West“ gekapert. Kentucky hat sich neutral erklärt. In Texas ward stark gerüht.“

Frankreich.

Paris, 4. Mai. Die „Patrie“ hat keine Verwarnung erhalten, obgleich die Sache heute Gegenstand einer Minister-Berathung gewesen. Man sprach sogar im Laufe des Tages von einer einmütigen Suspension des Blattes. Wie es heißt, hat namentlich der Kriegsminister, Marschall Randon, auf eine nähere Untersuchung der großen Streitfrage zwischen der städtischen Administration und der „Patrie“ angetragen. — Man spricht von einer Reise des Kaisers nach Toulon für den Monat Juni. Es soll bei dieser Gelegenheit zu ein merkwürdiges Experimente kommen. Das Panzerschiff „La Gloire“ soll nämlich gegen die Flanke eines alten Linienschiffes antreiben, das man zu diesem Zwecke aufpferzt, um sich von der Leistungsfähigkeit des eisernen

Schiffsliste.

Neufahrwasser, den 6. Mai. Wind: N.O. Angeltommen:

Table of ship arrivals and departures including names like D. Christoffersen, J. Lotfelsen, and various destinations like Copenhagen, Ballast, and various ports.

Wieder gefegelt:

Wieder gefegelt: Fortuna, Friederike Wilhelmine, Repton, Anna Emilie, Eunomia.

Antommend: Carl Joseph Carle, 1 Briga, 1 Tjall. Thorn, den 6. Mai. Wasserstand 3'. Strom auf.

Table of market prices for various goods such as cement, wheat, and oil, listing prices in different currencies and units.

Fondsbörse.

Table of stock market prices for various bonds and securities, including Berlin-Anh. E.A., Berlin-Hamburg, and Staatsanl. 56.

Verantwortlicher Redacteur: Heinr. Richter in Danzig.

gen zu erhalten, welche eine bessere Redaction seiner Zeitung ver... Wir handeln demnach im Auftrage der Versammlung vom 18. v. Mts., indem wir hierdurch eine Subscription auf die...

Lotterien.

Table of lottery results for the 4th class of the 123rd lottery, listing winning numbers and prize amounts.

(Die Gewinne zu 100 Thlr. kommen in der nächsten Nummer.)

Handels-Beitung.

Börsen-Berichten der Danziger Zeitung.

Berlin, den 7. Mai 1861. Aufgegeben 2 Uhr 43 Minuten. Angelommen in Danzig 4 Uhr 10 Minuten. Fest. Ers.

Table of market prices for various commodities like Roggen, Weizen, and Spiritus, listing prices in different units.

Produktenmärkte.

Table of market prices for various agricultural products like wheat, rye, and barley, listing prices in different units.

Getreide-Werte.

Morgens kühle und bezogene, Mittags bessere und klare Luft. Wind SW. Ueber unseren heutigen Weizenmarkt läßt sich so wenig Interessantes melden...

Wetter.

Wetter: Morgens kühle und bezogene, Mittags bessere und klare Luft. Wind SW. Ueber unseren heutigen Weizenmarkt läßt sich so wenig Interessantes melden...

Wetter.

Wetter: Morgens kühle und bezogene, Mittags bessere und klare Luft. Wind SW. Ueber unseren heutigen Weizenmarkt läßt sich so wenig Interessantes melden...

Schiffeschnabeln in diesem Maße zu überzeugen. — Das italienische Ansehen soll jetzt, zur Befestigung der Schwierigkeiten, auf lie es wegen der noch nicht erfolgten Anerkennung des Königs...

Italien.

Nachdem der letzte schwache Schimmer einer Verständigung zwischen der römischen Curie und der italienischen Nationalmonarchie verschwunden, hat, laut der „Independance Belge“...

Die Turiner „Opinione“ bringt einen „Preußen und das Königreich Italien“ überschriebenen Leitartikel, in welchem die Anerkennungsfrage besprochen wird. Das italienische Blatt bezweifelt nicht...

Danzig, 7. Mai.

* Vor 8 Tagen wurde Herr Stadttrath Rob. Wendt in Stelle des verstorbenen Herrn Münde durch den Herrn Superintendenten Wied am Altare der St. Marienkirche in Gegenwart der Gemeine als Vorfeser feierlich eingeführt und vereidigt.

* Unsere Marienkirche hat wiederum in dem Dahinscheiden eines braver Vorfeser einen Verlust zu beklagen, — seit wenig mehr als einem halben Jahre der dritte. Den Herren Vorfeser Münde und Consistorialrath Breeser folgte am vorigen Sonntag in später Abendstunde pflüchtig Herr Fried. Wilh. von Franzius, seit länger als 40 Jahren ein treuer und hochgeachtetes Mitglied des Kirchen-Collegii von St. Marien.

* Es ist schon häufig in öffentlichen Blättern darauf aufmerksam gemacht und warnend darauf hingewiesen worden, welche Unglücksfälle das unter Knaben so beliebte Ausstellen von Zündhütchen bereits mit sich geführt. Dennoch blüht diese Warnung leider wenig und man kann es in den Straßen unserer Stadt oft genug hören und sehen, welchen Reiz diese unselbige Veltüftung fortwährend bei unserer Jugend behält. Wir hatten in diesen Tagen wiederum Gelegenheit, einen dabei erfolgten Unfall zu erfahren und mit anzusehen, wie einem kleinen Knaben Stücke eines solchen zerplatzten Zündhütchens das Gesicht nicht unbedeutend verletzten.

* Uebermorgen, am Himmelfahrtstage, findet der erste Gottesdienst der neu-gelbiteten freien religiösen Gemeinde im Saale des Schneiders-Gewerkschafes statt. Geleitet wird derselbe von dem Prediger der Stettiner Gemeinde, Hrn. Dr. Heyer.

[Gerichts-Verhandlung am 6. Mai.] Die Schlossermeister Wall'schen Eheleute, die Schlossergesellen Kühn und Tschner und der Hausknecht Schmidt standen unter der Anschuldigung vor den Schranken, sich am 10. Januar d. J. zusammengerottet zu haben und in die Wohnung des Landwehramtsoffizier Griesbach widerrechtlich einzudringen zu sein. Griesbach hatte von den Wall'schen Eheleuten Verlangen gemacht, die Miete nicht pünktlich zu bezahlen. Die für diesen Fall dem Vermieter zugestandene Kündigung war nicht erfolgt, gleichwohl aber verlangte Frau Wall am Vormittage des 10. Januar die sofortige Abgabe der Betten, und wendete sich, als dieselbe von Griesbach verweigert wurde, an den Polizeibeamten Wirt mit der Bitte, ihr bei Wegnahme der Betten amtlich beizustehen. Sie wurde bedeutet, daß unter den vorliegenden Umständen nur der Rechtsweg aber nicht Gewalt zulässig sei. Dennoch erschienen nachmittags die Wall'schen Eheleute in Begleitung der drei Mitangeklagten vor dem Hause des Griesbach und verlangten Einlass und die Herausgabe der Betten. Griesbach verweigerte Beides und hielt, als Wall mit Gewalt in die Hausthür dringen wollte, diese vor ihnen zu, wobei nach der Behauptung der Angeklagten der Fuß des Wall zwischen die Thür geklemmt sein soll. Wall drängte nun mit Hilfe des Angeklagten Kühn die Thür mit Gewalt auf, und sämtliche Angeklagte drangen in den Hausraum. Im Wesentlichen gesehen diese den Hergang in der hier dargestellten Weise zu, und die Beweisaufnahme ergab nichts Erheblich Neues, nur daß der Speisewirth Hoffmann bekundete, er habe die Angeklagten vor Gewaltthaten abgemahnt, und Kühn habe ihn darauf mit einem Hammer bedroht. Der Herr Staatsanwalt Gieslow erachtete den Thatbestand des § 214 des Strafgesetzbuchs für vorliegend, indem er die Versicherung der Angeklagten, sie seien nicht deshalb zusammen zu Griesbach gegangen, um gemeinsame Gewalt zu üben, sondern nur, weil die Fortschaffung der Betten die Kräfte mehrerer Männer erfordere, habe, zwar für richtig angenommen, aber ausführte, daß zum Begriff der Zusammenrottung eine vorherige Verabredung und ein Zusammenkommen am Ort der That gerade zu dem Zweck gemeinlich auszuübender Gewalt nicht erforderlich sei, sondern daß es genüge, wenn mehrere zufällig zusammengeworfene Menschen gemeinlich die im Strafgesetzbuch bezeichneten Handlungen vornähmen. Er beantragte daher gegen jeden der Angeklagten eine einwöchentliche Gefängnisstrafe. Der Gerichtshof nahm jedoch an, daß eine Zusammenrottung im Sinne des Gesetzes nur dann vorliege, wenn die ohne ausdrückliche Verabredung oder zu anderm Zweck Vermittelten das Bewußtsein und die Absicht gehabt haben, sich gegenseitig auf ihre gemeinsamen Kräfte zu verlassen und mit vereinter Gewalt die verbottene Handlung durchzuführen. Im vorliegenden Falle aber habe zuerst nur der Wall den Eingang zu erzwingen gekücht, Kühn sei ihm beigepflogen, als sein Fuß zwischen die Thür geklemmt sei, durch Weiber Drängen sei die Thür geöffnet und die andern Angeklagten dann ohne weitere Gewalt ins Haus eingetreten. Die Angeklagten wurden daher nur der einfachen Hausrechtsverletzung für schuldig erachtet und Wall zu 15 Thlr., Kühn zu 10 Thlr. und die übrigen Angeklagten Jeder zu 2 Thlr. Strafe verurtheilt.

* Königsberg, 6. Mai. Die vielbesprochene Zeitungsangelegenheit ist endlich in ein entschiedeneres Stadium getreten; das Comité, welches im Auftrage der größeren Versammlung vom 18. v. Mts. mit Herrn Hartung in Unterhandlung getreten war, ist durch die hohen Maßregeln desselben nicht — wie es anfänglich den Anschein hatte — zufriedengestellt, sondern es hat den Beschluß gefaßt, nunmehr die nöthigen Schritte zur Begründung einer neuen liberalen Königsberger Zeitung zu thun, und zu diesem Zwecke nachfolgendes Circular erlassen: „Es ist uns leider nicht gelungen, von Herrn Hartung entscheidene Zusä-

